

Pränumerations-Preise:

Für Arab: Ganzjährig 14 fl. — fr. Halbjährig 7 „ 50 „ Vierteljährig 3 „ 50 „

Mit Postversendung:

Ganzjährig 16 fl. Halbjährig 8 „ Vierteljährig 4 „

Erscheint täglich,

mit Ausnahme der Tage nach den Sonn- und Feiertagen.

Manuscripte werden nicht zurückerstattet.

Redactions- und Administrations-Bureau:

Hauptgasse Nr. 2, im A. S. Steiniger'schen Hause, 2. Stock.

Aufträge für Inserate

übernehmen auswärts die Herren Haasenstein & Vogler in Wien, (Neuer Markt 11), Hamburg, Berlin, Leipzig, Frankfurt a/M., Basel, die Jäger'sche Buchhandlung in Frankfurt a/M., A. Scholz & Comp. in Leipzig, A. Oppold in Wien und Rudolf Kosso in Berlin, Breslau, Hamburg, München, Altona, Frankfurt a/M., Wien, Prag, Strassburg, Zürich.

Inserions-Preise:

Die 5-spaltige Zeitzeile oder deren Raum wird das erste Mal mit 6 fr. und bei jeder folgenden Einrückung mit 4 fr. berechnet.

Stempelgebühr für jedwemalige Insertion 30 fr. à. W.

Arader Zeitung.

Politische Uebersicht.

Arab, 27. Februar.

Die Rede des Cultus- und Unterrichtsministers Tréfort wird noch immer von den Blättern nach allen Seiten einer eingehenden Betrachtung unterzogen. So finden wir heute im „Szabad Sajtó“ den Beginn eines Artikelcyclus mit der Ueberschrift: „Unterrichtsdebatte“, welcher sich zum Wortführer der studirenden „Sendboten“ macht, welche zur Auslandschaftung und Aneignung fremder Cultur in's Ausland geschickt werden. — Zunächst bewängelt „Szabad Sajtó“, daß sich der Minister über das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, sowie über Einführung der Eivilhe nicht geäußert habe. Seine Rede über das Unterrichtsweesen sei kein Programm, sondern einfach die Constatirung des Bestehenden gewesen. Es wäre zwar sehr ungerecht, Alles auf einmal zu wollen, aber dennoch dürfe man ein consequent durchzuführendes Nacheinander fordern. Was gethan, sei nicht immer am besten durchgeführt gewesen und da sei hauptsächlich die Protection schuld daran. Wir dürfen keine Elitiquen-Politik treiben. Man kann unsere Jünglinge ohne Gefahr in's Ausland senden, die Art und Weise des Sendens sei aber verfehlt, indem nicht genügend vorbereitete Jünglinge in 1-2 Jahren nicht viel erlernen können; man möge dieselben auf längere Zeit entsenden. — Wir können und wir sollen Jünglinge in's Ausland senden; aber damit allein ist es nicht gethan; auf diesem Wege verschaffen wir uns die einheimischen Arbeitskräfte nicht so rasch und in so großer Menge, als wir ihrer bedürfen.

Auch „Hon“ urgirt die kirchlichen Fragen. Das Blatt hofft, der Reichstag werde ohne Unterschied der Parteien den Beschlußantrag Szapary's betreffs der Fonds und Fundationen annehmen. „Hon“ urgirt zugleich die Lösung der Rechtsfrage der Kirchen- und Schulensfonds, und ersucht das Comité, welches zur Untersuchung dieser Angelegenheit vom Hause entsendet wurde, ein Lebenszeichen von sich zu geben.

„Elenör“ erhebt dieselbe Forderung. Er fordert die Regierung auf, betreffs der Regelung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche endlich Farbe zu bekennen. Es sei unverantwortlich, die Sache so in die Länge zu ziehen, wenn die Regierung nicht etwa vor der Geißlichkeit Furcht habe. Diese Furcht sei aber sehr unberechtigt, da die Geißlichkeit nicht einmal zum Cortesleibiren zu gebrauchen sei. Die Regierung möge sich also aufraffen, ihren diesbezüglichen Ansichten Ausdruck verleihen, dem Worte solle aber auch sofort die That folgen.

Graf Julius Szapary ist nun wirklich zum Minister des Innern ernannt worden. Der „Ung. Lloyd“ begleitet diesen partiellen Ministerwechsel mit

einigen interessanten Randglossen. „Als Herr v. Szapary — schreibt das erwähnte Blatt — an Stelle des Grafen Lönyay das Ministerpräsidium übernahm, hieß es gleich, auch Herr v. Tisza werde einen Nachfolger erhalten, und zwar in der Person des Grafen Julius Szapary. Pflöglig wurde es still mit dieser Candidatur. Von gut unterrichteter Seite wurde als Grund dafür angegeben, daß Graf Szapary Mitconcessionär der Donaueregulirungsarbeiten, außerdem Mitglied anderer Verwaltungsräthe sei und er so leicht in die Lage komme, Gesellschaften und Unternehmungen zu controliren, mit welchen man ihn leicht in Verbindung denken könnte; das sollte vermieden werden.

Graf Szapary ist nun der Nachfolger des Herrn von Tóth geworden. Graf Szapary hat es dieses Mal dem Herrn Ministerpräsidenten nicht leicht gemacht; er hat sich bitten, sehr bitten, wenn auch schließlich erbitten lassen.

Wir sind, schließt der „Ung. Lloyd“, denn doch ein aristokratisches Land. Bei uns wechseln in der Verwaltung nicht Individuen, sondern sozusagen Familien. Die Tisza's und die Szapary's scheinen jetzt an der Reihe zu sein. Gleichzeitig mit der Beförderung seines Veters zum Minister des Innern wird Graf Géza Szapary Geheimrath und Gouverneur von Fiume. Graf Géza Szapary ist nach Befähigung und Arbeitskraft für öffentliche Aemter noch wenig bekannt.

Nachdem der polnische Ausgleich gescheitert ist, dank der von der Minorität des Polenclubs geübten Schredensherrschaft und in Folge der freundlichen Mitwirkung des „Landmann-Statthalters“, welcher mit altbewährter Meisterschaft die Mephisto-Rolle zur besten Geltung brachte, ist es — wie die „Presse“ meint — mehr als je Pflicht der Verfassungspartei, die Wahlreform unter Dach und Fach zu bringen. Öffentlich wird der Verfassungs-Ausschuß, der Vormittags wieder zusammengetreten ist, noch heute seine Arbeit zu Ende führen. Eventuell könnte die Feststellung des an das Plenum des Hauses zu erstattenden Mothivenberichts dem Referenten im Einvernehmen mit dem Obmann des Ausschusses überlassen bleiben.

Die Regierung, auf ihre vollkommen loyale Haltung pochend, gibt in Provinzblättern eine kurze Darlegung über den Abbruch der polnischen Unterhandlungen in welcher die nachstehenden Sätze nicht ohne Interesse sind:

„Die Regierung hat Alles gethan, um die geplante Secession zu verhüten, und sie hat sich in ernstlicher Weise, wie die zwischen ihr und dem Polenclub eingeleiteten Verhandlungen darlegen, bemüht, die Polen günstig zu stimmen und den gewünschten Ausgleich

zu treffen. Wenn die Ausgleichs-Verhandlungen trotzdem gescheitert sind, so liegt die Schuld nicht an der Regierung, welche es nur beklagen kann, daß ihre Anerbietungen von Seite der Polen nicht die richtige Würdigung gefunden haben. Trotz alledem wird die Regierung stets bereit sein, den Polen ihre wohlwollende Hand zu reichen, sobald es diesen Ernst sein wird, einen ehrlichen Ausgleich auf verfassungsmäßigem Wege zu treffen.

Mit derselben Bestimmtheit glauben wir aber versichern zu können, daß, so sehr auch die Regierung diesen Incidenzfall bebauern mag, die Wahlreform dadurch in keiner Weise aufgehalten, sondern ihrer Lösung zugeführt werden wird — auch ohne die Polen, deren eigenes Interesse es erheischt hätte, auf ihrem Posten auszuharren.“

Aus dem Inhalte dieser Zeilen ist zu ersehen, daß die Regierung noch immer eine entgegenkommende Rücksicht für die Polen an den Tag legt.

In Preußen bricht der Unmuth der durch Casle's Enthüllungen und Anklagen betroffenen conservativen Elemente immer stärker hervor, je mehr dieselben erkennen, daß nun eine für sie verhängnißvolle Bewegung begonnen hat, vor der sie sich kaum werden behaupten können. In der Debatte des Herrenhauses über die Wahl in die Untersuchungs-Commission wagte jene Stimmung der Conservativen es zum erstenmale, laut zu werden und nun ergehen sich dieselben in Plänen der Rache, obwohl freilich alle diese Projecte sehr aussichtslos sind. Zunächst sind die Conservativen wieder auf ihren alten Lieblingsplan zurückgekommen, mit Hilfe eines Gesetzentwurfs die Beschränkung der parlamentarischen Redefreiheit wegen angeblicher Gefährdung öffentlicher und privater Interessen zu versuchen. Doch wird der „Kölnischen Ztg.“ hierüber aus Berlin geschrieben: „Von dem Versuche, die Redefreiheit der Abgeordneten mit dem Hinweis auf die Casle'schen Anklagen und Enthüllungen zu beschränken, kann natürlich im Ernste keine Rede sein. Wo eine solche Andeutung erfolgt, verhält sie wohl nur den Verdruß, daß der zeitgemäße Antrag auf eine Untersuchung von liberaler Seite ausgegangen war, ohne daß man dort eine Parteisache daraus gemacht hätte. Dieser Unmuth, daß den Liberalen die Wahrnehmung der Sache anheimgefallen, soll ja auch sonst in den conservativen Reihen Ausdruck gefunden haben. Mit der Redefreiheit hat das indessen augenscheinlich nichts zu thun. Im Gegentheil ist ja die Initiative des Kaisers und die von dem Reichskanzler nach halb-offizieller Versicherung beantragte Votfschaft wegen der Untersuchungs-Commission dem, was das Land in dem gegenwärtigen Falle gerade der Redefreiheit verdankt, gerecht geworden. Wenn Graf Lippe eine andere

Feuilleton.

Der eßbare Edelstein.

Erzählung von Moriz Jókai.

Aus dem Ungarischen übersezt von Armin Wallfisch.*)

Es gibt nur einen derartigen Edelstein auf der Erde: das Salz.

Es ist der theuerste Stein der lebenden Welt.

Wenn wir tauschen müßten und man sagen würde, entweder den oder die Anderen, so würden wir den Diamant und alle Gattungen des Corundes in die Finsterniß der Erdböhle zurückwerfen und das Salz behalten.

Ohne Salz gibt es kein Leben.

Jenes ist die Röthe auf dem Antlitz einer schönen Frau und die Kraft in den Muskeln des Mannes. Ohne Salz gibt es keine Liebe, keinen Kampf. Das Salz ist das, was der Sonnenstrahl.

Wenn das Salz von der Erde verschwinden würde, müßte die Menschheit nach ihm an „Salzhungertod“ sterben.

Ich erzähle Euch eine Geschichte, die ich vor einigen Jahren in der Salzwelt gehört habe.

Ich besuchte die Salzbergwerke zu Wieliczka.

*) Aus der Zeitschrift: „Athenäum.“

Ich weiß wohl, daß ich den Leser zwar langweilen werde, da wir aber gerade in einer solchen realistischen Welt leben, so bitte ich ihn doch, sich zu entschließen, wenn er die Erzählung selbst erfahren will, früher über siebenhundert in Salz gehauene Stufen mit mir hinabzusteigen, um zu erfahren, was die Salzwelt dort unten ist.

Sie ist ein Feenpalast unter der Erde; nicht ein, sondern sechs bis sieben Feenpaläste über einander. Die hängenden Gärten der Semiramis, jedoch umgekehrt: nicht über, sondern unter einander gebaut, mit Seen, die über einander hängen und Einwohnern, die über einander leben. Ganz oben — beim Sonnenlicht — ist die Stadt mit ihren Einwohnern; unter derselben sind jedoch doppelt so viele Einwohner.

Ein Hirt, Namens Wieliczka, entdeckte das ganze Salzbergwerk; dessen Name wurde verewigt.

Gegenwärtig sind sieben unter einander gegrabene Bergwerke in diesen massiven Edelstein gehauen, die zusammen eine Tiefe von 240 Metres bilden, und unter ihnen ist noch die unermessliche Steinmasse, deren Tiefe bisher selbst durch den artefistischen Brunnenbohrer nicht genau angegeben werden konnte; die Länge des von Menschen gegrabenen Labyrinthes, in welches dreizehn Schächte führen, beträgt 3300 Metres, die Breite 1200 Metres. Jede Abtheilung des Bergwerkes trägt einen fürstlichen, historischen Namen: es ist ein hundertfach größeres Denkmal eines Landes, einer Geschichte, als die Pyramiden und um wie viel gesegneteter. Der Schatz, den es seit seiner ursprünglichen

Entdeckung der Oberwelt übergab, beträgt einen Werth von dreihundert Millionen Gulden!

Jetzt sind an dessen Stelle riesige Labyrinth, mit einander durchkreuzenden Gängen, titanischen Grotten, fürstlichen Thronsälen, domkirchlichen Wölbungen. Zu Anfang dieses Jahrhunderts hielt sich der russische General Suwaroff mit seinem ganzen Lager drei Tage lang in den Höhlen des Salzbergwerkes versteckt, wie dies in den Jahrbüchern des Bergwerkes verzeichnet steht. Die Jahrbücher bezeugen auch die Anwesenheit der ungarisch-österreichischen Regenten und ihr Andenken bewahren die ihnen zu Ehren ausgehauenen Säle, Obelisken, einige in Salz gehauene Feenpaläste, mit Säulen, Carpatiden, Altären, künstlichen Denkmälern — sämmtlich aus Salz, die, von der Fackel von rückwärts beleuchtet, insgesamt in solchem Schimmer erscheinen, wie die im Traum gesehenen Himmelspaläste des heiligen Johannes.

In manchen Höhlen sind auch Seen, auf denen die Reisenden in leichten Rähnen geführt werden; am Grunde des tiefsten Schachtes, des Kloßk, gibt es einen See, von welchem die Sage geht, er sei verloren.

Ein alter polnischer Aufseher, der, die Bergwerkslocalitäten zeigend, mit mir ging und mich auf Salz- und Holzstufen, mit Büffelhäuten überzogenen Bersehlungen, in Rähnen und durch alle möglichen und unmöglichen Wege herumführte, wiederholte mir jene Sage, als wir in der Höhle des Kloßk vor der hohen Brüstung stehen blieben, indem wir uns über die aus

Ueberzeugung zur Schau trägt, so entspricht das seiner parlamentarischen und administrativen Vergangenheit, keineswegs jedoch dem Sachverhältnisse oder den wahrhaftigen Erfordernissen der Lage.

Aus Berlin wird der „Köln. Ztg.“ geschrieben: „Die Meldung, daß der diesseitige Gesandte in Madrid angewiesen sei, den Verkehr mit der „factischen“ Regierung Spaniens fortzusetzen, schließt die offizielle Anerkennung zwar noch nicht in sich, zumal von derselben Seite hinzugefügt wird, der Gesandte solle sich vorerst auf den officiösen Verkehr beschränken. Insofern war das Verhältnis selbstverständlich und entspricht der auch hier von Herrn Escosura beobachteten Haltung. Befähigt wird inzwischen von allen Seiten, daß, sobald die offizielle Anzeige der in irgend einer Form regelmäßig eingesetzten Republik notificiert sein wird, die Anerkennung Seitens der Mächte und auch Seitens der deutschen Regierung keinen Schwierigkeiten begegnen werde. Gespannt ist man nur aus einem besonderen Grunde darauf, ob auch Rußland seinen Gesandten in Madrid belassen, oder vorerst durch einen Geschäftsträger ersetzen wird.“

Der Herzog von Aosta hatte bei seiner Abreise von Madrid die Absicht gehabt, sich nach Belgien zu begeben, wo die Herzogin ansehnliche Güter besitzt, aber in Folge der vielfachen Liebesbeweise, die er aus allen Theilen Italiens erhalten, hat er beschlossen, nach Italien zurückzukehren und in seiner Vaterstadt Turin seinen Aufenthalt zu nehmen.

Es ist nach den „Italienischen Nachrichten“ nicht wahr, daß der italienische Gesandte in Madrid, Graf Borra, seine Entlassung eingereicht habe, wie einige Blätter berichtet haben. Er ist nur um Urlaub wegen Familienangelegenheiten gekommen.

Die bereits vor einigen Tagen gebrachte Meldung, derzufolge sich mehrere Mitglieder der ehemaligen Pariser Commune nach Madrid begeben hätten, wurde, wie es scheint, etwas voreilig dementirt. Da in einigen spanischen Städten das socialistische Element, welches dem französischen so ähnlich sieht, wie eine Petroleumflamme der anderen, sehr stark vertreten ist, kann der Regierung Castellar's durch diesen nun abermals gemeldeten Besuch manche Schwierigkeit mehr erwachsen, um so eher, da, wie schon gestern angegeben, in den Provinzen überall da, wo ein republikanisches Element vorhanden ist, dies sehr stark in die Theorien der Communards hinüberspielt.

Was jetzt scheint man in Madrid noch nicht an der Möglichkeit zu verzweifeln, zwischen Republikanern und Radikalen Frieden zu erhalten, was sich eher anlassen möchte, als ein Einverständnis zwischen republikanischen Unitariern und Föderalisten, bei welchen der politische Verwandtschaft immer ein sehr zäher gewesen. Den Conservativen wird ein großer Stich durch die Rechnung gemacht, wenn sich die telegraphische Notiz bestätigt, derzufolge die National-Versammlung nicht aufgelöst wird, also den reactionären Wählern nicht die ersuchte Gelegenheit werden sollte, auf den Wahlplätzen für ihre eigenen Götzen Stimmen zu werben.

Gleichzeitig wird gemeldet, der Kriegsminister, General Cordoba, wolle seine Demission nicht geben. Es wäre für den Bestand der Regierung besser, wenn er ginge, fintemal er ein Beschützer der

Sklaverei ist, sonach für ihn in einer freiheitlichen Regierung keine Stelle bleiben sollte. Sind es doch seine Parteigänger, welche soeben auf Puerto-Rico, wo die Sklaverei in erster Linie abgeschafft werden soll, einen Tumult angestiftet und auf Spanien Verceas ausgebracht haben.

In Lissabon haben Studirende die Straßen mit Hochrufen auf die Republik durchzogen. Außer dieser Episode fehlt es gänzlich an Nachrichten darüber, ob die neue Wendung in Spanien über die Grenze hinaus in republikanischem Sinne gewirkt hat. Das „Journ. des Deb.“ meint, da Spanien keinerlei Ideen militärischer Eroberung habe, so könne es auf Portugal nur dann eine Attraction ausüben, wenn es das Schauspiel einer überlegenen politischen und administrativen Organisation darbiete. Aber eine solche moralische Eroberung sei nicht das Werk eines Tages.

Aus dem Reichstage.

Unterhausung.

Buda-Pest, 26. Februar.

Präsident Wittö eröffnete die heutige Sitzung um 10 Uhr Vormittags; als Schriftführer fungirten Szál, Tombor und Wächter; von den Ministern waren anwesend: Tréfort, Pauer und Zichy.

Nach Authentication des Protocoles der gestrigen Sitzung meldete der Präsident, daß er vom Ministerpräsidenten das a. h. Handschreiben Sr. Majestät erhalten habe, durch welches die zur Verathung der gemeinamen Angelegenheiten zu entsendenden Commissionen (die Delegationen) für den 2. April l. J. nach Wien einberufen werden.

Das kön. Handschreiben, das unseren Lesern bereits bekannt ist, wurde zur Drucklegung gewiesen und auf Vorschlag des Präsidenten für künftigen Montag auf die Tagesordnung gestellt.

Gyngy Helfi hat hierauf um Entschuldigung, daß er, obgleich die Zeit der Legislative durch einheimische dringende Angelegenheiten in Anspruch genommen ist, doch über die Angelegenheiten eines fremden Landes zu sprechen wagt. In Spanien hat sich ein in der Geschichte ohne Beispiel dastehender Act vollzogen. Ein junger König, der sich nach zweijähriger Regierung überzeugt hatte, daß er nicht im Stande sei, seinem Volk den inneren Frieden zu sichern, hat freiwillig auf die Krone verzichtet. Die Vertretung der Nation hat ihm dafür ohne lärmende, verlegende Demonstrationen aus Anerkennung die Bürgerkrone votirt und dann die republikanische Regierungsform eingeführt. Redner hat erwartet, daß alle europäischen Staaten sich beileben werden, die neue Republik anzuerkennen, da ja Amadeo selbst durch das Niederlegen der Krone die Republik factisch anerkannt hat. Diese Anerkennung wäre selbst im Interesse der Monarchien gelegen gewesen, denn ohne Ubertreibung könne man behaupten, daß der Schritt Amadeo's die savoyische Dynastie mehr befestigt hat, als wenn sie zehn neue Kronen erworben hätte. Amadeo ist ein würdiger Sohn des Regalantuomo. Die Anerkennung der spanischen Republik ist übrigens noch nicht von allen Seiten erfolgt, und da es hauptsächlich im Interesse der kleineren europäischen Nationen liegt, darüber zu wachen, daß die Diplomatie das Selbstbestimmungsrecht der Völker hinsichtlich der Regelung ihrer inneren

man selbst bis heute noch dort unten sucht, und deren Antlitz wahrscheinlich noch heute so ist, wie vor hundert Jahren, als sie von hier herabfiel. An dieses traurige Ereigniß erinnert das Kreuz da hinter uns. Es ragte dort factisch ein großes Kreuz aus der Salzwanne hervor und dem Kreuze entlang waren eine Reihe von Lapidarbuchstaben, die aber nur schwer zu lesen waren. Das Salz ist eben kein gutes Monument. Der Name „Leonore“ war an demselben noch wahrnehmbar. Ich hörte es noch von meiner Mutter, — erzählte der Aufseher — daß man sich lange bestrebt hat, die schöne Gräfin am Grunde des Salzsees aufzufinden; man konnte sie aber mit keiner Angel erwischen. Es wurde sodann versucht, mittelst Taucherglocke in das Wasser hinabzusteigen, jedoch hat das vom Salz erfüllte Wasser in der Tiefe einen so fürchterlichen Druck, daß kein Mensch denselben vertragen kann, da die Lunge außer Athem kommt und aus den Ohren Blut fließt, weshalb er gezwungen ist, auf die Oberfläche zurückzukehren. — Es wundert mich, daß die Leiche nicht von selbst auf die Oberfläche des Wassers gelangt ist, da doch das mit Salz erfüllte Wasser den menschlichen Körper durchaus nicht versinken läßt. — Es ist richtig, sie hatte aber am Halse, um den Leib und auf den Armen Goldschmuck im Gewicht von dreißig Pfund, wodurch sie unten gehalten wird; man ging ihr ja hauptsächlich wegen dem Gold und den Edelsteinen so sehr nach.

ren Angelegenheiten anerkenne, richtet Redner an den Ministerpräsidenten die folgende Interpellation:

„Indem König Amadeus von Spanien sowohl im eigenen Namen, als auch im Namen seiner Nachkommen auf den Thron freiwillig Verzicht geleistet und in Folge dessen die gesetzliche Vertretung der spanischen Nation die republikanische Regierungsform gewählt und eingeführt hat;

indem der Minister des Auswärtigen der neuen Republik in seinem vom 11. d. datirten Rundschreiben volle Garantien dafür bietet, daß dieser Wechsel der Regierung und Regierungsform nicht im Mindesten gegen den öffentlichen Frieden gerichtet ist;

indem es nicht in Zweifel gezogen werden kann, daß jedes Volk das Recht besitzt, seine inneren Angelegenheiten zu ordnen, seine Regierungsform so festzustellen, wie es seine Verhältnisse, Neigungen und staatlichen Interessen erfordern;

indem endlich das Nichtanerkennen dieses Rechtes mit der Negation des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gleichbedeutend ist, — frage ich den Herrn Ministerpräsidenten:

1. Sind in dieser Angelegenheit schon irgendwelche Bestimmungen getroffen worden und worin bestehen sie?

2. Falls bisher keine Bestimmung getroffen wurde, hegt dann der geehrte Ministerpräsident die Absicht, den durch die bestehenden Gesetze ihm vorbehaltenen Einfluß auf Grund des allgemeinen Volksrechtes im Interesse der Anerkennung der spanischen Republik geltend zu machen?“

Die Interpellation wird dem Ministerpräsidenten schriftlich zugestellt werden.

Zur Tagesordnung übergehend, kam zunächst der vom Justizminister gestellte Antrag zur Sprache, wonach der Gesetzentwurf über die provisoische Regelung des Criminalverfahrens zur Vorberathung an eine aus 15 Mitgliedern zu bilden e Specialcommission gewiesen werden soll.

Adam Lázár erklärte, daß er mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht zufrieden ist, da derselbe zu conservativ und vom Geiste der spanischen Inquisition durchweht sei. Seiner Ansicht nach würde übrigens die Zuweisung an eine Specialcommission die Angelegenheit nur verzögern und stellt er daher den Gegenantrag, daß der Gesetzentwurf zur Vorberathung direct an die Sectionen des Hauses gewiesen werden soll.

Nachdem Minister Pauer kurz geantwortet hatte, erfolgte die Abstimmung und wurde der Antrag des Ministers, für den die Rechte und das linke Centrum sich erhoben, angenommen. Die Wahl der 15 Mitglieder der erwähnten Specialcommission wird am nächsten Samstag stattfinden.

Hierauf wurde der Tagesordnung gemäß die Generaldebatte über das Cultus- und Unterrichtsbudget fortgesetzt.

Zunächst ergiff Gustav Tarnóczy das Wort, um auf Grund des §. 128 der Geschäftsordnung irriige Deutungen zu berichtigten, welche seiner vorgetragenen Rede gegen von den Abgeordneten Anton Csengerly und Adac Molnár gegeben worden waren.

Carl P. Szathmáry erklärte, er sei mit vielen der von Csengerly gestern geäußerten Ansichten einverstanden, namentlich hinsichtlich der Verwendung der Frauen im Lehrfache; andeers verhalte es sich hinsichtlich

Diese Geschichte fing mich an zu interessieren. Ich erjuchte den Aufseher, mir mitzutheilen, was er von der Todten des Salzsees wisse?

Er entgegnete hierauf, es sei dies eine lange Geschichte, die er hier nicht erzählen könne.

Vielleicht wäre dies oben im Gasthause bei ein bis zwei Glas Szimorodner eher möglich?

Mein Antrag fand Annahme. — Früher versuchen Sie aber diesen Widerhall, sagte der Alte. Schreien Sie irgend ein Wort.

„Pax tecum.“ Die Höhle des Salzschachtes schlug diese Worte dreizehnmal hintereinander zurück.

Ein Pistolenschuß ertönte in derselben ähnlich dem Pelotonfeuer.

Gegen Abend kam mein Alter; wir nachtmahlten beisammen; der Wein hatte ihn redselig gemacht und nach und nach ist er von dem weltberühmten Salzbergwerke auf die Geschichte der schönen Frau zu sprechen gekommen.

— Weil doch jedes Uebel auf der Welt daher stammt, mein Herr, daß es nicht gut ist, wenn die Frauen von Allem Kenntniß haben. Eigentlich sollten die Frauen gar nichts wissen, weder zu schreiben, noch zu lesen. Der Bäuerin nützt dies ohnehin nichts, die vornehme Frau möge sich einen Studenten halten, der ihr von solchen Büchern vorlese, die der Reichthum genehmigt hat; demselben kann sie auch Briefe dictiren, wenn es nöthig ist und wenn der Reichthum sie gelesen und richtig befunden hat, kann sie sie auch absenden. Die Frau sollte nur soviel wissen, daß sie ihrem Manne zu gehorchen habe, daß sie sich schön

dem Schachtbrunnen langsam herabsteigenden brennenden Strohgarnen verwunderten, welche die titanische Höhle ganz beleuchteten und von deren Wassergrund zurückspiegelten.

— Dieser Schacht ist bodenlos. Ich wollte dies nicht glauben.

Der Schacht ist noch nach dem einstigen römischen Muster kegelförmig, wie ein leerer Zuckerhut ausgehöhlt, wie dies auch im Tordauer Salzschacht sichtbar ist. Bei Feuerbeleuchtung sind die Salzschichten schön anscheinbar, die nicht so gelagert sind, wie die von anderen Steinen, z. B. von Granit, Schiefer: quer oder schief; oder wie die des Basalt: senkrecht, oder wie ein umgeworfener Bücherhaufen; sondern, sie gehen so, wie wir es auf einem entzwei geschnittenen Zwiebel sehen, die Schichte fängt nämlich oben an und bewegt sich dann in elliptischer Kreisbewegung nach abwärts, auf der anderen Seite kehrt dieselbe Schichte zurück, die äußersten Schichten gehen jedoch mit ihren Mittelbögen bereits in der bisher nicht erreichten Tiefe verloren. Der ganze Kuppelsaal ist gräulich, braun und marmorroth, jedoch von der Nähe ein weißer, durchsichtiger Krystall. Der See ist unten am Grunde schwarz, wie der Zauberspiegel.

— Der Grund desselben ist unerreichbar! — behauptete mein Führer, der alte Aufseher. Denn, würde man ihn erreichen können, so hätte man die schöne Frau, die dort liegt, schon längst aufgefunden.

— Wie denn? Eine schöne Frau ist auf dem Grund des Sees gerathen?

— Ja wohl, die schöne Gräfin Starjeczky, die

lich des sogen Frage, ob die halt selbst wo mit der Aufsi Ansicht, daß e in den Cem lin, ein be Auffällig sei Mitglieder de hänger, ja d waren, in d and für die stern Csenger daß das Un Staates cent werden soll. man könnte eben so wie die Majorität geschaffen ho vertraut er an. Redner stimmen u fall, namer den im Pe und Uebelst meinen Stan man sich vor hebung in finanziellen Gebiete des sitigen Defic Selbsttäuf in dem sich befinden; di die Wänke Lehrmitteln endlich ist a spricht er d sch der Un det, da bei Redner fort kommenden sich des U damit aber men sollen, denheit für lichem Geb August im Unterh Regierung mehr der tung zu ge Volksschule welches de zichen und tenz anhe worten. Ee w confessionel daß der W deren felen streitung nicht genü Redner be Dxford i

Heide, im zur gehörig brenzlich n Harje spie auf der Z nen, wenn arm ist; f teruner, l wendig le soviel ver Chemie, schenswert stehen, un von der hinein a soll die U Uregolm nicht reiß den Spin wenn sie der Krau wert se junge Fr doch sein da man sie aber Curpinc Wissensc fetten S wollen, s kommt u der thun

lich des sogenannten Internates, d. h. hinsichtlich der Frage, ob die Zöglinge der Seminarien in der Anstalt selbst wohnen sollen oder nicht. Im Widerspruche mit der Auffassung Csengery's vertritt Redner die Ansicht, daß es zweckmäßiger sei, wenn die Zöglinge in den Seminarien selbst wohnen, da dies den Zöglingen eine bedeutende materielle Erleichterung bietet. Auffällig sei es ferner, daß in der letzten Zeit mehrere Mitglieder der Rechte, die ehemals die eifrigsten Anhänger, ja die Apostel des Centralisationsprincipes waren, in das Lager der Municipalisten übergehen und für die Decentralisation plaidiren. So habe gestern Csengery sich entschieden dafür ausgesprochen, daß das Unterrichtswesen nicht in den Händen des Staates centralisirt, sondern den Gemeinden anvertraut werden soll. Redner ist hiezu nicht einverstanden; man könnte den Gemeinden die Schulen anvertrauen, ebenso wie dies in Amerika der Fall ist, sobald nur die Majorität bei uns auch amerikanische Gemeinden geschaffen haben wird; den jetzigen Gemeinden aber vertraut er die Culturinteressen des Landes nicht an. Redner plaidirt dann für eine den Taubstummen und Blinden zuzuwendende größere Sorgfalt, namentlich empfiehlt er es dem Minister, den im Pester Blindeninstitut herrschenden Mängeln und Uebelständen baldigst abzuheben. Was den allgemeinen Stand des Unterrichtswesens anbelangt, möge man sich vor Selbsttäuschungen hüten. Unsere Ueberhebung in materieller Beziehung hat uns zu einem finanziellen Deficit geführt; die Ueberhebung auf dem Gebiete des Volkunterrichtes könnte uns zu einem geistigen Deficit führen. Um dieser Ueberhebung und Selbsttäuschung vorzubeugen, schildert er den Zustand, in dem sich die meisten Volksschulen auf dem Lande befinden; die Schullocalitäten sind klein und ungesund, die Bänke entsprechen den Sanitätsregeln nicht, von Lehrmitteln ist keine Spur vorhanden, der Lehrmeister endlich ist auch nicht übermäßig groß. Schließlich bespricht er das eigenthümliche Verhältniß, in welchem sich der Unterrichtsminister zum Kultusminister befindet, da beide Minister doch nur eine Person sind. Redner fordert den Minister auf, bei eventuell vorkommenden Conflicten zwischen seinen zwei Ressorts sich des Unterrichtswesens wärmstens anzunehmen; damit aber derartige Conflicte möglichst selten vorkommen sollen, möge der Minister mit voller Entschiedenheit für die Einführung der Autonomie auf kirchlichem Gebiete eintreten.

August Puskas spricht die Ansicht aus, daß im Unterhause die Aufgabe der Legislative und der Regierung nicht so sehr die sei, zu initiiren, als vielmehr der diesfälligen Bewegung eine heilsame Richtung zu geben. Was Unterricht und Erziehung in der Volksschule betrifft, so könnte Redner ein Bestreben, welches der Concession allen Einfluß auf selbe entziehen und sie ganz gar der staatlichen Omnipotenz anheimstellen würde, durchaus nicht befürworten.

Er wünscht, daß die Lehrerhalte auch bei den confessionellen Schulen vom Staate geregelt, ferner, daß der Minister ermächtigt werde, in Fällen — und deren seien sehr viele — wo die 5% Steuer zur Befreiung der Bedürfnisse einer confessionellen Schule nicht genügen, dieselbe auf 10 und 15% zu erhöhen. Redner befürwortet die Internate, auf deren Basis Oxford und Cambridge organisiert sind, und welche

schon unzählige ausgezeichnete Männer herangebildet haben, zwar durchaus nicht für Kinder- und Mittelschulen, bei denen er sie im Gegentheile alle aufgehoben wünscht, wohl aber bei den höheren Lehranstalten.

Er spricht ferner für die Idee, den Anordnungen der Schulinspektoren durch die Jurisdiction oder Gemeinde durchzuführen zu lassen, für die Lehr- und Lernfreiheit, für die Berufung ausländischer Professoren, für Errichtung ausgiebiger Stipendien und die endliche Ordnung der Verhältnisse unserer Universitätsbibliothek. (Beifall rechts.)

Alexander Nikolics mißbilligt es, daß die Regierung zur Leitung der kirchlichen Angelegenheiten einen kön. Commissär ausgeschiedet. Diese Ausfendung hatte nur üble Folgen; geschlichtet wird durch den Commissär überhaupt gar nichts, nur verwirrt.

Redner will sich nicht in die Besprechung dessen einlassen, ob die Regierung das Recht habe, die bestehenden Gesetze nach eigenem Gutdünken und ohne vorhergehende Verständigung des Hauses außer Kraft zu setzen; er will bloß darauf hinweisen, daß man den Serben das verüble, was anderen Nationalitäten als Verdienst angerechnet wird, nämlich die Anhänglichkeit an ihre Gebräuche, die Liebe zu ihrer Autonomie.

Nichts Anderes haben die Serben gezeigt und mit nichts Anderem haben sie Grund dazu gegeben, daß für ihre Angelegenheiten ein k. Commissär ausgesendet werde. Allein man entgegnet gerne auf diesen Vorwurf, daß die Serben auf Auflösung des Staatsverbandes, auf den Umsturz speculiren. Das ist nicht wahr. Und sollte es Einige geben, die pervertirten Tendenzen dienen, so verlangt Redner, daß die Regierung die selben gegenüber mit der größten Energie, mit unerbittlicher Strenge vorgehe. (Allgemeiner lebhafter Beifall.)

Erwähnenswerth ist noch die Rede Somssich's, welcher die katholische Geistlichkeit Ungarns gegen die heftigen Angriffe Tránji's in Schutz nahm und auf den Patriotismus hinwies, welchen der katholische Clerus in schwierigen Zeiten bewiesen habe und sich desselben wohl auch in Zukunft nicht entäußern werde.

Die Rede Csengery's

in der vorgestrigen Sitzung des Reichstages über das Budget des Unterrichtsministeriums ist so bedeutend, enthält so viel des allgemein Nützlichen und Beliehrenden, daß wir es für unsere Pflicht halten, dieselbe wenigstens im gedrängten Auszuge zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Die Bemerkungen Csengery's lauten ihrem wesentlichsten Inhalte nach:

Der Minister hat als dringliches Mittel zur Hebung des höheren Unterrichtes die Berufung junger Lehrkräfte aus dem Auslande und die Errichtung von parallelen Lehrkanzeln vorgeschlagen. Ich gebe zu, daß auch dieses Mittel mit Erfolg versucht werde, würde aber meinerseits mehr Erfolg davon erwarten, wenn nicht junge Lehrkräfte, sondern die ausgezeichnetesten Fachnotabilitäten berufen würden, und zwar nicht auf die ordentliche Lehrkanzel, sondern in den Zwischenzeiten, wo dieselben an den eigenen ausländischen Universitäten Ferien haben. Hiezu dürfte ein Theil der Summen bestimmt werden, die zur Entsendung von Professorsaspiranten nach dem Auslande bewilligt wur-

den. In der bisherigen Debatte ist auch öfter von der Revision des Schulgesetzes die Rede gewesen. Es fragt sich hier zunächst, was wir unter dem Worte Revision verstehen. So wie Molnár die Frage formulirt hat, bin ich damit einverstanden. Vollkommen ist kein Gesetz und am wenigsten ein solches, welches das Resultat eines Compromisses ist. Unter den vorhandenen Verhältnissen ist unser Schulgesetz eines der vorzüglichsten in Europa. Ich sage das aus vollster Ueberzeugung und nachdem ich erst kürzlich in der sämtlichen diesbezüglichen europäischen Gesetzgebung Umschau gehalten. An manchen einzelnen Bestimmungen dürften wohl Verbesserungen vorgenommen werden; aber an den Grundprincipien derselben bei einer Revision zu rütteln würde ich für Unrecht halten. Man hat sie aber auch in dieser Beziehung verlangt, und am weitesten hierin ging der Herr Abgeordnete Gustav Tarnóczy. Aber die ungerichtigste Kritik übte der Herr Abgeordnete Alex. Köröwendy, indem er von einzelnen Gebrechen auf den Unwerth des ganzen Gesetzes schloß. Manche der bestehenden Gebrechen, die er konstata, gebe ich auch zu. Insbesondere stimme ich dem bei, was er über die Vernachlässigung des Staatswesens sagte.

Was die Kleinkinderbewahranstalten betrifft, so halte ich sie, wenn sie ihrem Zwecke Obhut, Pflege und Erziehung der kleinen Kinder entsprechen, für die segensreichsten Einrichtungen. Wenn sie aber über diese Aufgabe hinaus greifen und Unterrichtsanstalten sein wollen, wozu sich große Neigung zeigt, dann thun sie mehr Schaden als Nutzen. Die Erzieher und Lehrer ignoriren gar häufig, was jeder Landwirth von der Viehzucht her weiß: daß das junge Geschöpf nicht überlastet werden darf. Die traurigen Folgen der Ueberlastung der Kinder machen sich nicht nur hier, sondern auch im Auslande bemerklich.

Ich hoffe, daß man diesen Punkt, die Berücksichtigung des Sanitätswesens, bei der Verhandlung des Gesetzes über die Mittelschule im Auge behalten werde. Die beiden größten Uebel des Unterrichtsgesetzes, die Belastung der Kinder und die zweckmäßige Vertheilung der Unterrichtsgegenstände zeigen sich nirgends so sehr, wie bei den Bewahranstalten und bei den Mittelschulen. Um diesen Uebeln abzuheben, ist gerade nicht eine Revision des Schulgesetzes nothwendig, sondern eine gehörige Einrichtung der betreffenden Anstalten in Schulen und im Allgemeinen die Regelung des Sanitätswesens im Lande. Man sagt ferner, das Gesetz müsse revidirt werden, weil es nicht ausführbar ist, weil der Schulzwang nicht durchgeführt werden kann. In vollem Maße ist aber dieses Princip nur erst im Jahre 1868 ausgesprochen haben, während es in anderen Staaten schon seit Jahren proclamirt ist. Luther schon hat es urgirt und in seinen Briefen es den protestantischen Fürsten ans Herz gelegt, und infolge dessen wurde es in solchen Ländern schon vor langer Zeit ausgesprochen. In Dänemark geschah dies 1648, in Schweden 1723, in Preußen unter mehreren Monarchen im vorigen Jahrhundert.

Und sind diese schon seit lange geschaffenen Gesetze in jenen Staaten schon in dem Sinne vollstreckt, daß alle schulpflichtigen Kinder die Schule besuchen? Keineswegs, ja nirgends, selbst im praktischen England nicht, wo das Gesetz es dem Ermessen der Schulbehörde überläßt, diejenigen zu strafen, die der Pflicht des Schulbesuches nicht entsprechen. Bei uns würde der

kleide, im Hause Alles in Ordnung, das Mittagmahl zur gehörigen Zeit fertig sei und die Suppe nicht brenzlich werde. Sie soll auch ein wenig auf der Harfe spielen, wenn sie eine vornehme Frau ist, oder auf der Zither, wenn sie arm ist; sie soll sticken können, wenn sie eine Dame ist, Stiche flicken, wenn sie arm ist; sie soll fleißig die Kirche besuchen, das Vaterunser, das Glaubensbekenntniß und den Gruf auswendig kennen. Sie soll aus der Naturwissenschaft soviel verstehen, was zur Hühnerzucht genügt, aus der Chemie, was zur Anfertigung der Leberwürst wünschenswerth ist; sie soll soviel von der Algebra verstehen, um das Kerbholz zusammenrechnen zu können; von der Geografie soviel, um den Weg in die Stadt hinein auf den Wochenmarkt nicht zu verfehlen; sie soll die Archeologie so lieben, daß sie die Kleider ihrer Urgroßmutter in Ehren halte und sich nach der Mode nicht reiße; unter den mechanischen Maschinen soll sie den Spinnrocken und die Haspel gründlich auslernen; wenn sie die Botanik liebt, sind ja der Blumen- und der Krantgarten dort; die ärztliche Wissenschaft kümmert sie ohnehin nicht, so lange sie jung ist. Eine junge Frau darf nicht krank sein, oder wenn sie es doch sein sollte, wäre es unschicklich darüber zu klagen, da man sogleich etwas Anderes denken würde; wenn sie aber alt wird, kennt sie die Quacksalberei und Curpfuscherei ohnedies von selbst. Von den geheimen Wissenschaften soll sie die Mittel besitzen, die man den fetten Schweinen geben muß, wenn sie nicht fressen wollen, ferner wovon die Gans eine selte Leber bekommt und endlich, was man mit dem Zwerghollunder thun muß, damit die Wärmer aus dem Haus-

thieren herausfallen. Und aus der Meteorologie soll sie soviel erlernen, um zu wissen, daß man mit der großen Wäsche beginnen kann, wenn die Spinnen im Freien Netze spinnen, da wir andauernd schönes Wetter haben werden. Was jedoch die hohe Politik, die Angelegenheiten der Männer betrifft, da ist Dein Name: Schweigen!

Das war das Programm meines Freundes Dranko über die Frauen im Allgemeinen. — Denn wenn die Frau Alles wissen will, ist es nur ein Unheil für sie, — fuhr der Alte fort, seine Ansichten auf den speciellen Fall anwendend. Das war das Unheil der Gräfin Leonore Starzeczky. Ihr Vater war zur Zeit König Casimir's Kammergraf über die Wieliczkaer Salzgruben. Er bereicherte sich sehr. Er war ein sehr geschickter Mann, dessen Verstand weit reichte. Das viele Geld, das er einnahm, steckte er nicht in große Herrschaften, die er, wenn er abgesetzt wird, nicht in das Nachbarland mit sich nehmen kann, sondern er kaufte die theuersten Schmuckwaaren zusammen, die sieben Länder weit zu haben waren. Er sagte, daß er dies seiner einzigen Tochter zu Liebe thue. Er hatte keinen Sohn. Man schaute auch die schöne Leonore an, wenn sie am Sonntag in die Kirche ging; an jedem Festtage hatte sie verschiedene mit Edelsteinen besetzte Ketten am Hals, mit eingesetzten Steinex besetzte Kopfzierden auf dem Kopfe, Knöpfe auf dem Mantel und Gürtel um den Leib. Einmal lauter Karfunkel, ein anderes Mal lauter „Ragnaugen“, die auch im Dunkeln leuchten. Hernach Rubinen von der Größe des Bodens eines Branntweinglases. Man sagt, daß der Werth der Edelsteine, mit

denen der Kammergraf seine Tochter überhäufte, eine Million betrage. Er that dies eigentlich nicht so sehr wegen seiner Tochter, wie deshalb, damit er nicht umsonst gehe, wenn er vielleicht einmal irgendwohin gehen müßte, wenn es einst dem König Casimir einfallen sollte, ihn zu fragen, weshalb der Wieliczkaer Kammergraf immer viel Geld hat, während er nie welches besitzt? Es thut jedoch auch Ihren Majestäten den Königen gleich den Frauen gut, nicht immer Alles zu wissen. Graf Starzeczky wurde fortwährend reicher und er hatte keinen Sohn, dem er sein Vermögen hinterlasse. Er hatte jedoch einen Neffen Bratislaw, ebenfalls ein Starzeczky. Er dachte seine Tochter mit ihm zu verheirathen, damit das Vermögen in der Familie bleibe. Die nahe Verwandtschaft war zwar ein kleines Hinderniß, das jedoch durch die Absolution Sr. Heiligkeit des Papstes, die Alles gut machen kann, beseitigt werden konnte. Der große Prediger, der heilige Klinkowström, hat uns dies in einer während der vorigen Fastenzeit gehaltenen Predigt schon erklärt. Schon als Rain die Alkima, jüngere Schwester Abel's und Lechterer die Lebuda, jüngere Schwester Rain's, ehelichen wollten, schrieben sie früher um Erlaubniß nach Rom, und erst nachdem sie von dort die Absolution erhalten hatten, sind sie zum Geistlichen gegangen. Sonst wären wir jetzt Alle ungesegnete Kinder.

— Aus Freude hierüber wollen wir doch Ein's trinken. Dranko war nicht der Mann, der sich zweimal anbieten läßt, sondern eher der, der auf einmaliges Anbieten zweimal trinkt. (Schluß folgt.)

Schulzwang schon aus dem Grunde undurchführbar sein, weil es noch Gemeinden gibt, die gar keine Schulen, weil in vielen Gemeinden die Schullocalen zu enge wären, endlich, weil es im Lande nicht genug Lehrer gibt, und der Reichstag die erforderliche Legion von Lehrern nicht aus der Erde stampfen kann. — Redner fuhr dann folgendermaßen fort:

„Jetzt gehe ich auf eine andere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Tarnóczy über, die der nach ihm sprechende Herr Abgeordnete Körmeny sehr scharf hervorhob, nämlich, daß die Concessionen nicht gehörig angehalten werden, sich dem Gesetze zu fügen. Es ist möglich, daß diesbezüglich nicht überall geschah, was wünschenswerth gewesen wäre, doch glauben Sie mir, auch dies ist keine Frage, welche gar sehr leicht zu lösen ist. Das Schulgesetz bestimmte, was es von guten Schulen fordert, und doch kann selbst die Stadt Pest, wie Sie wohl wissen werden, diesem Erfordernisse noch nicht entsprechen. Wenn nun der Staat bei den Concessionen die dreimalige Mahnung in Anwendung bringt, was wird hieraus resultiren? Der Staat wird das ganze Unterrichtswesen in die Hand nehmen müssen. Dies könnte sehr leicht ausgeführt werden, wenn sich Jedermann über eine Sache so leicht hinwegsetzen könnte, wie der Herr Abgeordnete Tarnóczy, darüber nämlich, daß das Gesetz auch ausführbar sei, wenn es in Ausführung gebracht werden soll, daß all' das Vermögen, das gegenwärtig für Unterrichtszwecke verwendet wird, sei es für confessionelle, oder für Gemeindefschulen, confiscirt werden müßte. Auf diesem Wege ließe sich etwas machen, doch erreichen wir auch dann das Ziel noch nicht, da jenes Einkommen nicht einmal genügend war, solche Schulen zu errichten, welche den Anforderungen des Gesetzes entsprechen. Auf diesem Wege kann daher, ohne bedeutende Belastung des Staates, das Ziel nicht erreicht werden und denken Sie nicht, meine Herren, daß es sich in diesem Falle nur um Geldzuschüsse handeln würde. Hierüber werde ich übrigens später sprechen.“

Jener Gedanke, geehrtes Haus, daß der Staat die ganze Last des Unterrichts und die Schulen wie auch sämtliche Unterrichtsangelegenheiten übernehme, dieser Gedanke steht einem anderen Principe entgegen, dem Principe der Lehrfreiheit. Es ist wahr, daß es keinem Staate möglich war, die Unterrichtsangelegenheit in größerem Maße ohne seine Intervention zu fördern, wie dies die Gesetzgebung der ganzen Welt zeigt. Es ist genügend, auf den wächtigen Clerus in Spanien, in Frankreich hinzuweisen, auf eine so mächtige Kirche, wie es die anglikanische Kirche ist, und wenn diese nicht fähig waren, die Unterrichtsangelegenheiten, so lange, als dieselben hauptsächlich confessionell waren, in dem Maße zu heben, daß unsere Zeit gegen ihre Mängel nicht mit tausend Klagen aufzutreten konnte, dann, geehrtes Haus, steht es außer Frage, daß die Intervention des Staates in diesen Angelegenheiten nöthig ist.

Aber so wahr es auch ist, daß in den jüngsten Zeiten ohne die Intervention des Staates die Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichtes keinen besondern Aufschwung nahmen, ebenso wahr ist es auch, daß es ein Rückschritt wäre, dem Staat allein die Angelegenheiten des öffentlichen Unterrichtes zu überlassen, ein Rückschritt, der diese Angelegenheiten auf Jahrhunderte vielleicht zurückwerfen würde. Ebenso wie die staatliche Intervention, so ist auch die bürgerliche Theilnahme für die Entwicklung des öffentlichen Unterrichtes notwendig, da derselbe ohne diese Theilnahme sich in welchem Lande immer ebenso wenig entwickelt, als ohne Intervention des Staates, und diese Theilnahme ersticken wir in dem Momente, als wir den öffentlichen Unterricht zum Monopol des Staates machen. Ich will die gefährlichen Resultate davon nicht auseinanderlegen und verweise nur auf die finanziellen Folgen. Das finanzielle Resultat ist, wie wir sehen, nicht wie Sie etwa denken, daß die Staaten sich zu sehr anstrengen werden, im Gegentheil es wird das geschehen, was wir in Portugal sehen, wo der Staat allein den Unterricht in die Hand genommen, daß der Staat nämlich wenig Opfer bringen wird, weil seine Kräfte vielseitig in Anspruch genommen sind. Wenn wir die Unterrichtsangelegenheiten in Wirklichkeit unterstützen wollen, müssen wir dieselben den Gemeinden übertragen (lebhafter Beifall); sie müssen das Interesse der Gemeinden bilden. Die Unterrichtsangelegenheiten interessieren vor Allem die Eltern und nach diesen in erster Linie die Kirchen und Gemeinden. Es muß also der Gemeinde zur Pflicht gemacht werden, die Unterrichtsangelegenheit ebenso in ihr Budget aufzunehmen, wie jede andere administrative Angelegenheit (lebhafter Beifall), der geistigen Erleuchtung sich so annehmen, wie der Straßenbeleuchtung. (Allgem. Beifall.) Ohne diese Maßregel kann kein Staat besondere Resultate aufweisen. Unter stiefmütterlichen Verhältnissen stehen in Spanien die Unterrichtsangelegenheiten besser als in Portugal. Warum? Weil sie sich dort auf die Gemeinden stützen. Die portugiesischen Verhältnisse sehend, strebt in Spanien eben die Partei der Demokraten

darnach, den Einfluß des Staates auf die Unterrichtsangelegenheiten so stark als möglich zu vermindern — was nach meiner Ansicht natürlich unrichtig ist — aber andererseits ist dieses Streben begreiflich, wenn wir die portugiesischen Verhältnisse betrachten, wo das entgegengesetzte Princip, nämlich der alleinige Einfluß des Staates angewendet wird.

Wenn der Staat die Unterrichtsangelegenheiten allein in die Hand nimmt, so fürchte ich meinerseits, was in Portugal geschieht, daß die Unterrichtsangelegenheit vernachlässigt werden würde; wenn wir aber die Gemeinde dazu verpflichten würden, sowie jede europäische Gesetzgebung die Gemeinden dazu anhält, daß sie, entweder eine confessionelle, aber immerhin eine Schule errichten sollen und zwar nicht jede Gemeinde eine Schule, sondern je nach Anzahl der schulpflichtigen Kinder, eventuell mehrere Schulen, wenn wir das aussprechen, geehrtes Haus, dann bin ich überzeugt, daß die Unterrichtsangelegenheiten in Ungarn einen ganz besonderen Aufschwung nehmen werden. Die Gemeinden sind jedoch in jedem Staate nicht geneigt, viel für den Unterricht zu opfern, weil sie eben darauf rechnen, daß schon der Staat Alles für sie thun werde, was, wie sie wissen, auch auf sozialem Gebiete in großem Maße geschieht. Nur auf dem Wege der Gemeinde ist ein Fortschritt der Unterrichtsangelegenheit denkbar und zwar, indem, wie ich gesagt, die Gemeinden je nach Bedarf der schulpflichtigen Kinder, Schulen errichten müssen, wie sie das Gesetz vorschreibt.

Ich habe bereits oben erwähnt, welchen Schwierigkeiten es bezeichnen würde, wenn der Staat das ganze Unterrichtswesen übernehmen würde. Diese Aufgabe hat der geehrte Herr Abgeordnete Gustav Tarnóczy für den Staat noch dadurch erschwert, daß er das Princip des unentgeltlichen Unterrichtes ausgesprochen hat.

Geehrtes Haus! Ich will diese große Frage nicht weitläufig erörtern; ich meinerseits habe dieselbe studirt und zwar mit ganzer Objectivität, indem ich die Argumentationen beider Parteien, für und wider angehört habe. Ich weiß es wohl, daß der unentgeltliche Unterricht dargestellt wird als ein nothwendiges Postulat der allgemeinen Schulpflicht, als nothwendiges Resultat der demokratischen Institutionen; ich verstehe es meinerseits, daß sich in Frankreich die Apostel dieser Lehre mit jedem Tage vermehren, gegenüber dem Terrain, welches daselbst die religiösen Congregationen mit ihrem unentgeltlichen, oder sehr billigen Unterricht tagtäglich in größerem Maße occupiren. Ich weiß auch, geehrtes Haus, daß mehrere Staaten dieses Princip publicirt haben, so vornehmlich mehrere Cantone der Schweiz, Nordamerika, Italien, Chili und Portugal; Spanien hat trotz seiner Finanzwirren die Abschaffung der Schulgelder ausgesprochen, ebenso Preußen durch den 24. §. seiner Verfassung; ferner hat das Frankfurter Parlament im Jahre 1848 dieses Princip declarirt. Trotz dieser Beispiele müssen wir, geehrtes Haus, auch die andere Seite der Münze betrachten. Diejenigen, welche die Abschaffung der Schulgelder nicht unterstützen, berufen sich vor Allem darauf, daß mit der Abschaffung der Schulgelder in den Eltern das Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber den Kindern sinken werde. Sie führen das Beispiel Englands an, wo wir in den Parlamentsrapporten lesen, daß die arme Arbeiterklasse in England den unentgeltlichen Unterricht für sehr gering ansehe, und denselben wie ein Almosen betrachte.

Wenn es dem Arbeiter schlecht geht, so schickt er wohl sein Kind in die unentgeltliche Schule, welche durch wohlthätige Vereine errichtet wurde, aber sobald er ein besseres Einkommen erreichen kann, nimmt er zugleich seine Kinder von da weg, und schickt sie in jene Schule, wo man zahlen muß; er glaubt, daß in den bezahlten Schulen der Unterricht besser sein muß; und doch trifft in England selbst dieser Fall nicht ein; Die Gesellschaften, welche auf eigene Kosten für das Volk Schulen erhalten, verfügen über viel bessere Schulen. Die Engländer betrachten aber — wie ich gesagt habe — das Almosen für erniedrigend. Man gibt auch Jene, welche die Abschaffung der Schulgelder im Namen der Demokratie urgiren, zur Antwort, daß dies ja eigentlich nichts Anderes sei, als eine Besteuerung der vermögenden Classe im Interesse der ärmeren, welche durch jede Legislative von der Zahlung des Schulgeldes dispensirt.

Ich weiß wohl, daß Jene, welche entgegengesetzter Meinung sind, diese Argumentation auch weiter spinnen und sagen, daß eben dies das Uebel sei. Viele schämen sich, ihre Armuth zu bekennen, doch dieser Fall kommt auch bei der Steuerzahlung vor. Und doch ist die Frage der Abschaffung des Schulgeldes nichts Anderes, als eine Namensveränderung, nämlich die Umwandlung des Schulgeldes in eine Steuer. Ich habe jedoch in den Staaten, in welchen die Schulgelder abgeschafft sind, gesehen, daß diese Steuer auf zweierlei Arten ausgeworfen wird. In Luxemburg und in einigen Theilen Hollands wird sie auf die Eltern im Verhältniß zur Kinderanzahl ausgeworfen und dies

ist nichts Anderes, als Schulgeld. Außerdem aber muß das Bedürfniß der Schulen auch noch aus den directen Steuern gedeckt werden.“

Redner erwähnt hierauf, im Jahre 1848 habe das Unterrichtsbudget Frankreichs 2,399,808 Francs betragen; als damals die Aufhebung des Schulgeldes vorge schlagen wurde, stellte man die erforderlichen Erhebungen an, und da ergab es sich, daß nach Abschaffung des Schulgeldes das Unterrichtsbudget auf 47 Millionen steigen würde. Erwägt man nun unsere finanzielle Lage, so ergebe sich daraus, daß das Schulgeld bei uns nicht abgeschafft werden kann, weil der Staat nicht im Stande wäre, die hieraus entspringende Last zu tragen.

Hinsichtlich der Unterrichtsinspectoren ist Redner der Ansicht, daß ihr Wirkungsbereich mit jenem der Jurisdictionsbeamten in Einklang gebracht werden sollte; doch liege da der Fehler nicht am Volksschulgesetz, sondern an den auf die Jurisdictionen bezüglichen Gesetzen. In Betreff der Lehrergehalte soll überall mindestens die Erreichung des Minimums von 300 fl. angestrebt werden. — Gegen Körmeny gewendet, weist endlich Redner nach, daß es für die Zöglinge der Lehrerseminare in körperlicher und geistiger Beziehung besser sei, wenn sie nicht gezwungen werden, im Seminargebäude selbst zu wohnen. Redner wiederholte schließlich, daß er eine Besserung des Volksschulgesetzes nur dann für zulässig halte, wenn an den Fundamentalphincipien desselben nicht gerüttelt werde und wurde hierauf die Sitzung um halb 4 Uhr geschlossen.

Feldmarschall-Lieutenant Piret.

Der neuernannte Abtats des Honvéd-Obercommandanten hat mit seinem in unserer jüngsten Nummer mitgetheilten Circular an die Honvédarmee einen Schritt gethan, der ihm noch viel Unannehmlichkeiten bereiten wird. Man begehrt heutzutage in parlamentarisch regierten und vom constitutionellen Geiste erfüllten Staaten nicht ungestraft ein so gröblichen Anachronismus, wie ihn der — unsere Informationen zufolge — ebenfalls zu den „Frommen“ à la Huyn zählende Feldmarschall-Lieutenant beging. Einer Bürgerarmee — denn eine solche ist die Honvédarmee und soll sie auch bleiben — darf man am allerwenigsten mit verrotteten zopfhäutigen Chitanen kommen. — Der „Pester Lloyd“, ein nach oben sicherlich vorsichtigeres Blatt, knüpft an diese Mittheilung folgende Bemerkungen: „Was den Inhalt der erwähnten Verordnung betrifft, so würde dieselbe — die Richtigkeit der circulirenden Versionen vorausgesetzt — lebhaft an ähnliche Erlasse des K. M. Venedek im Jahre 1866 erinnern, welcher am Vorabend einer für das Schicksal der Monarchie entscheidenden Campagne nichts Dringenderes anzuordnen hatte, als daß die Officiere nur mit vorschriftsmäßig audasirtem Sinn dem Tode für's Vaterland entgegengehen dürfen, daß Zeitungsschreiber und — Freudenmädchen im Lager nicht zu dulden seien u. s. w. Ueber diese wichtigen Dinge hat Baron Venedek schließlich seinen „geheimen Plan“ ganz und gar vergessen und — das Weitere ist bekannt. Es wird sich nun vor Allem darum handeln, authentisch zu constatiren, ob F. M. Piret seine hiesige Mission wirklich in diesem Geiste auffasse. Sollte Se. Excellenz unserer Wiffigeierde in diesem Punkte nicht freiwillig entgegenkommen wollen, so wird ihm wohl bald eine Interpellation im Reichstage, wenigstens parrieochet, die Lunge lösen und wir können nur wünschen, es möge sich dann herausstellen, daß der erwähnte Circularbefehl nicht existire. Im entgegengesetzten Falle würde Herr F. M. Piret in seiner für ihn vielleicht nicht ganz angenehmen Weise zu erfahren haben, daß er ein Diener des parlamentarisch regierten Staates Ungarn sei, welcher in dem Augenblicke, als seine Wirksamkeit mit dem Geiste und dem Willen der Nation in Widerspruch geräth, einfach vor die Thüre gesetzt wird. Sollte der Herr General im Uebrigen auf irgend welche geheime Stützen bauen, so wird er — um sich vor unangenehmen Enttäuschungen zu bewahren — wohl daran thun, sich bei Zeiten zu erinnern, welches Ende eben jenen Stützen von derselben Macht bereitet worden ist, mit welchen Se. Excellenz den Kampf aufzunehmen hätte.“

Wir sind sehr gespannt darauf, — bemerkt zu dieser Auslassung das „Pester Journal“, welches die erste Mittheilung von dem in Rede stehenden Circular des F. M. Piret brachte — was der Herr Abtats und was das Landesverteidigungs-Ministerium auf dieses erwidern wird. Die Mittheilung ist uns aus so glaubwürdiger Quelle zugekommen, daß wir an der Richtigkeit derselben nicht zweifeln können. Wir erwarten daher keine Berichtigung — obgleich eine solche uns um der Sache willen am liebsten wäre — sondern Genugthuung für den dem Zeitgeiste verfehlten Schlag.

Proce

Der Gericht... ma's durch das... lassen. Der Ab... Zeuge bemüht... system anzupass... kann daher m... beieid werden.
St r e i f...
Gründerin des... zwar gleichfalls... doch Dr. Ritti... Caution zurück... lig diese Gesch...
Bei dem...
rifen O r u b e... wissen will, tri... Gesetz gegen fa... der Zeugendres...
Potant G...
abgerichtet hab...
leht gehörten...
daß eine Ablicr...
müssen. Der Z...
er nicht abgeri...
tern und Tage...
angegeben. Se...
Jahre 1870,
Druckereibesitz...
Streifschowst...
Gehalt bezahl...
Rufstigte; i...
waren in Uo...
mauern einreis...
„Potrol“ und...
comptoir verei...
ten- und Abs...
„Potrol“ üb...
in das betri...
führte Rufst...
rechnung, die...
rof“ und die...
amte, aber U...
Die Gehaltel...
Druckerei des...
arbeiter und...
trag sie zu...
Auszahlung a...
folgte.“
Der St...
für die Ankla...
Zeugen, die...
genommen w...
In der...
ständigen der...
während der...
Sachverständi...
tens des Ver...
Hierauf...
Anton Tu m...
Untersuchung...
Arbeiterblatte...
betreffs der...
wurde, ersche...
gab sich Tu m...
der seinerzeit...
denz“, die er...
heute verwick...
folgendem...
andere als...
und in der...
sagt oder he...
Consortium...
verluste um...
von Dr. R...
Dr. R...
Witteren fo...
derspruch m...
Der „F...
Mitschald in...
factischen...
Geldquelle...
ihm gesagt,
Dingen an...
Tu m...
lichkeit ihrer...
erscheint der...
Das...
nahme des...
pensionirter...
sehen. Frö...
geführt wur...
men, sie h...
frationsber...
Dworsky n...

Proceß J. S. Skrejšowsky.

Prag, 25. Februar.

Der Gerichtshof beschließt, die Verteidigung Nedoma's durch das Wiener Landesgericht vornehmen zu lassen.

Bei dem nächstfolgenden Zeugen, dem Comptoiristen Gruber, der sich an nichts erinnern und nichts wissen will, tritt der Präsident mit der Drohung, das Geßel gegen falsche Zeugen wälten zu lassen, energisch der Zeugen drossur entgegen.

Botant Ernst fragt direct den Zeugen, wer ihn abgerichtet habe; die Ausflüchte und Widersprüche aller lezt gehörten Zeugen seien nach einem solchen Systeme, daß eine Abrihtung und Drossur habe vorhergehen müssen.

Der Staatsanwalt hält diese Aussage maßgebend für die Anklage und beantragt die Vertheidigung des Zeugen, die auch unter Protest der Vertheidiger vorgenommen wird.

In der Abendigung legen die Sachverständigen die Rechnung über die Auflage des Blattes während der Sequesterperiode vor.

Hierauf folgt die Fortsetzung des Zeugenverhöres. Anton Tuma, wegen Verdachtes der Mitschuld in Untersuchungshaft gewesen, jetzt Leiter des altcechischen Arbeiterblattes, das vorgestern wegen eines Artikels betreffs der Affaire Skrejšowsky confiscirt wurde, erscheint als Zeuge.

In der Voruntersuchung gab sich Tuma als factischer Herr und Eigentümer, der seinerzeit die „Politik“ substituirtenden „Correspondenz“, die er als Herausgeber und Redacteur zeichnete; heute verwickelt er sich derart, daß der Präsident zu folgendem Schlusse kommt: „Sie waren somit nichts anderes als der Diener von irgend einem Consortium und in der Voruntersuchung haben Sie falsch ausgesagt oder heute.“ Zeuge: Ich war Vermittler des Consortiums; die Gelder zur Deckung der Cautionsverläufe und des passiven Unternehmens erhielt ich von Dr. Klaudy.

Dr. Klaudy nickt wiederholt zustimmend, im Weiteren kommt der Zeuge von Widerspruch zu Widerspruch mit seinen Angaben in der Voruntersuchung.

Der „Herausgeber“ Hrdlicka, gleichfalls wegen Mitschuld in Untersuchungshaft gewesen, kennt den factischen Eigentümer nicht, aber Klaudy sei die Geldquelle für das Unternehmen gewesen und habe ihm gesagt, Hrdlicka möge sich in zweifelhaften Dingen an ihn wenden.

Tuma, wie Hrdlicka werden wegen Bedenklichkeit ihrer Aussagen nicht beeidet; morgen Früh erscheint der Sequester Dworsky.

26. Februar.

Das heutige Zeugenverhör beginnt mit Einvernahme des Sequesters Dworsky, 67 Jahre alt, pensionirter Rechnungsbeamter, von noch rüstigem Aussehen. Hrdlicka und Ruschizka sagten ihm, als er eingeführt wurde, sie könnten ihm keinen Platz einräumen, sie hätten kein Geld zu liquidiren, die Sequesterungsverfügung sei noch nicht in Rechtskraft. Dworsky mußte sich entfernen, führte Beschwerde bei

Gericht, worauf er abermals mit bestimmter Instruction, die Sequestration anzutreten, angewiesen wurde. Wie er nun im Bureau der „Politik“ nach dem Herausgeber Hrdlicka fragte, erschien Kaspar, welcher erklärte, Hrdlicka sei mittlerweile abgetreten und habe die ganze Unternehmung an Kaspar übergeben.

Die Sequestration laute jedoch gegen Hrdlicka und sei somit ungiltig.

Der Sequester erwiderte, die Sequestrirung beziehe sich auf das Unternehmen, nicht auf die Person und beharrte auf Erfüllung seines Decretes, worauf ihm im Redactionsvorzimmer ein Sitz bewilligt, alles Uebrige aber verweigert wurde.

Hierauf habe sich ein förmlicher Feder- und Wortkrieg zwischen Ruschizka und dem Sequester entwickelt. Nach wiederholter Beschwerdeführung bei Gericht wurden endlich einzelne Postanweisungen dem Sequester zugewiesen, das Geld ihm aber wieder abgenommen, weil Ruschizka immer ein Deficit nachwies. Als der Sequester fragte, woher so auffallende Deficits gedeckt werden, erfolgte die Antwort: aus geheimen Fonds. Einmal wurde der Sequester sogar aufgefordert, eine Wechselschuld zur Deckung des Deficits zu contrahiren.

Neuere.

Agram, 26. Februar. Zufolge eines Compromisses wurden anlässlich der Warasdiner General-Congregation die Ausschüsse dieses Comitates aus Vertretern beider Parteien gewählt.

Wien, 26. Februar. Im Besinden des Freiherrn v. Rothschild ist eine wesentliche Besserung anhaltend. — Der Ausschuss des seinerzeit aufgelösten Vereines der Buchdrucker und Schriftgießer Niederösterreichs hat den gegen die Auflösung des Vereines überreichten Recurs zurückgezogen.

Wien, 26. Februar. Aus Ragusa wird der „N. Fr. Pr.“ telegraphirt: Der Jesuit Manzanotti verbot dem Religionslehrer die Abhaltung der vorgeschriebenen Sonntagspredigten in der Gymnasialcapelle und verkündete über ihn eigenmächtig die Excommunication; der Bischof bestätigte das Verbot.

Wien, 26. Februar. Nachdem der Verfassungsausschuss den größten Theil der Wahlreformvorlage erledigt, wurde heute Herbst einstimmig zum Bericht erstatter gewählt.

Berlin, 26. Februar. Der Reichstag wurde auf den 12. März einberufen.

Berlin, 26. Februar. Die „Provinzial-Correspondenz“ bespricht die neuen Vorgänge in der spanischen Regierung und sagt: Viele Anzeichen treten bereits hervor, welche sehr zweifelhaft machen, daß die spanische Republik sich beseitigen sollte ohne neue heftige innere Kämpfe und ohne Versuch der europäischen Socialdemokraten, die Kämpfe Spaniens für ihre Zwecke auszunutzen.

Bern, 26. Februar. Der Bundesrath anerkannte die spanische Republik und wünschte derselben eine Aera des Friedens und Gedeihens.

Bern, 25. Februar. Von der Regierung des Canton Solothurn wurden 2 Auszüglerbataillons und eine Scharfschützencompagnie auf Piquet gestellt.

Rom, 26. Februar. Italienische Nachrichten dementiren, daß Griechenland wegen Verhaftung italienischer Verbrecher durch die italienische Polizei in Corfu Protest an die Großmächte richtete, Griechenland ließ nur direct in Rom Bemerkungen machen; das italienische Ministerium überwies diese Angelegenheit an die diplomatische Commission, welche nach Billigkeit entscheiden wird.

Madrid, 26. Februar. Die Ordnung wurde nicht weiter gestört. — Der Finanzminister erklärte, alle Verbindlichkeiten einzuhalten.

London, 23. Februar. Im Unterhause erklärte der Staats-Secretär für Irland Marquis v. Hartington auf eine Anfrage Henry's, daß die gerichtliche Verfolgung wegen der Wahlen in Galway gänzlich eingestellt wurde, weil die Juristen es für unmöglich halten, ein Schuldverdict zu erlangen. — Die Nachrichten über Unruhen in Quebec sind übertrieben. Es wurde Niemand getödtet.

Athen, 25. Februar. Zwischen dem italienischen Gesandten Marquis Migliorati und dem Minister des Aeußern, Deligeorgios, finden Verhandlungen wegen Abschlusses eines griechisch-orientalischen Postvertrages statt. — Spiridion Tricoups ist gestorben.

Bukarest, 26. Februar. Eine kaiserliche Decretschast prorogirt die gegenwärtige Kammeression bis zum 13. März. Die Kammer votirte die Aufstellung eines politischen Agenten in Rom, verwarf aber die von der Regierung beantragte Aufstellung eines Agenten in Washington. Zahlreiche Petitionen erbitten vom Senat die Verwerfung der Spirituosensteuer.

Constantinopel, 26. Februar. Reubell unterheilt sich lange mit Eschad Pascha, welcher die bulgarische Frage im Sinne des öcumänischen Patriarchen von Constantinopel lösen will. Khalil's Stellung hat sich befestigt.

Calcutta, 25. Februar. Den neuesten authentischen Nachrichten aus Centralasien zufolge wurde Abdul-Rahman-Khan nach einem Versuche, sich ohne vorhergehende Erlaubniß nach Petersburg zu begeben, nach Tarki zurückgebracht. Seine Pensionssubjekte wurden vermindert; mehrere seiner Anhänger verlassen ihn.

Tagesneuigkeiten.

Arad, 27. Februar. Freitag, den 7. März l. J., Vormittags 9 Uhr, findet in dem Schwurgerichtssaale des Arader l. Gerichtshofes die öffentliche Schwurgerichtsverhandlung in dem Proceß des Malöer Inwohners Enyedy Imre gegen den Malöer Inwohner C. Dömötör Károly statt, und werden Eintrittskarten hiezu durch den Notar des Presbiterates (Gerichtsgebäude, Thür Nr. 49) ausgefolgt.

Im Verlag von Ludwig Ligner in Pest ist unter dem Titel: „A pártokról a Lónyay-ügy folytán“ (Von den Parteien in Folge der Lónyay-Affaire) von einem „Unbefangenen“ eine Broschüre in gebundener Rede (in Hexametern) erschienen, in welcher sich der Verfasser die Aufgabe stellt, das bereits verschwundene Lónyay-Regime in poetischem Gewande zu glorificiren. Die Schrift ist jedenfalls lesenswerth und kann im Wege des Buchhandels um den Betrag von 80 kr. bezogen werden.

(Seltene Auszeichnung.) Die Berliner Academie der Wissenschaften hat Paul Hunfalvy, unseren ausgezeichneten Sprachforscher, zu ihrem correspondirenden Mitgliede gewählt und demselben bereits das Diplom zugesandt. Unseres Wissens ist diese Auszeichnung bisher keinem Ungar zu Theil geworden.

(Sport.) In den verfloffenen Monaten hat sich, wie wir dem „Vad. és Vers.-Lap“ entnehmen, aus Wiener und Presburger Sports- und Militärcreisen eine neue Sportgesellschaft „zur Prämierung geschulter Reiter und Pferde“ gebildet. Präsident der Gesellschaft ist der G. d. C. Prinz Alexander von Württemberg, Vicepräsident der Oberst Graf Nicolaus Török, von dem bekanntlich auch die Anregung zum Pester Caroussel ausging. Zweck der Gesellschaft ist, die Grundregeln richtigen Reitens, die bei dem großen Publicum immer mehr in Verfall gerathen, aufzufrischen. Seit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht ist dies keine wegs so gleichgiltig, als es Manchem scheinen möchte. Denn seit der Abföhrung der Dienstzeit fängt nicht nur ein großer Mangel an guten Cavallerie-Officieren sich fühlbar zu machen an, sondern auch im Privatleben werden gute Reiter und gute Reitmeister immer seltener. Um nun die richtige Reitkunst in je weiteren Kreisen zu verbreiten, war die Gesellschaft auf öffentliche Reitproductionen und Prämien bedacht, für welchen Zweck sich in kurzer Zeit 160 unterstützende Mitglieder fanden, an ihrer Spitze Feldmarschall Erzherzog Albrecht und fast sämtliche Erzherzoge, sowie hohen Officiere der Armee; so namentlich die Generale der Cavallerie Graf Grünne, Graf Haller, Graf Clam-Gallas, Jul. Edelsheim, ferner die Generale Prinz Wafa, Windischgrätz, Hohenlohe, Bellegarde, Kövess, Nádosy, Pejachewich, Simonyi, Szapáry, Wetter, Bujanovics u. s. w. Ein eben so großes Contingent lieferte auch der hohe Adel und die Sportwelt, voran die Geschlechter Esterházy, Batthyányi, Almásy, Dessewffy, Festetics, Lamberg, Metternich, Descaulchi, Raczky, Pálffy, Rohan, Schwarzenberg, Török, Wenckheim und Széchenyi (letzteres mit 8 Mitgliedern.) Die Gesellschaft hat sich vorläufig auf drei Jahre gebildet; der Mitgliedsbeitrag ist nach Belieben 1—100 fl. Aus den Beiträgen ist gleich im ersten Monat eine so schöne Summe zusammengekommen, daß die Gesellschaft sich in der Lage sieht, folgende Prämien auszusetzen: Erster Preis 1400, zweiter 700, dritter 400, vierter 300 Gulden, und noch vier Preise mit 12 Ducaten. Das erste Probereiten wird schon bei den heutigen Presburger Pferderennen am 25. und 27. April abgehalten werden. Concurriren kann jeder Reiter, ob er nun der gemeinsamen Armee, der Landwehr oder dem Civil angehört. Die Anforderungen gehen nicht über das Schul- und Lagerreiten hinaus. Reine und feste Führung in allen drei Reitarten, schnelle Wendungen und Sprünge bilden das Ganze. Die höhere spanische Schule und alle Kunstreiterstücke sind ausgeschlossen, mit einem Wort, es wird nicht mehr verlangt, als zu einem guten Civil- oder Militärreiter erforderlich ist; dagegen wird gewünscht, daß das Reitpferd an Lärm, Trommeln und Schießen vollkommen gewöhnt sei.

(Zur Populationsstatistik der Stadt Pest.) Soeben ist als Separatdruck aus dem statistischen Jahrbuche der Stadt Pest ein vom Leiter des statistischen Bureaus, Herrn Josef Körosi, verfaßtes Heft unter dem Titel „Populationsbewegung der De-

Völlerung der Stadt Pest* erschienen. Dasselbe enthält einen jährlichen Ausweis der Bevölkerung Pest's von 1813 bis 1857, eine ausführliche Ghestatistik, Geburtsstatistik von 1868 bis 1870, ebenso eine Morbilitätsstatistik derselben Jahre, mit den dazu gehörigen, sehr übersichtlich gehaltenen Tabellen. Nach den vorliegenden Daten hält der Verfasser dafür, daß Pest Ende 1872 wenigstens 230.000 Einwohner zählte, daß die vereinigte Hauptstadt 300.000 zählt und so von der 23. Stelle unter den Großstädten, welche sie 1870 einnahm, auf die 17. gestiegen ist und höher steht als Rom, Hamburg, Warschau, Leeds und Amsterdam. Noch günstiger gestaltet sich dieses Verhältnis von einem anderen Gesichtspunkte aus. Wenn wir aus der Anzahl der Wohnungen schließen, dann stellt sich das Verhältnis so: im Jahre 1869 waren in Pest 64.538 Zimmer, in welchen 200.476 Personen lebten, Ende 1871 stieg die Anzahl der Zimmer auf 74.279 und boten demnach 230.000 Personen Obdach. Wenn nun im Jahre 1872 eben so viele Wohnungen gebaut wurden als 1871, — was wahrscheinlich ist — dann haben 260.000 Personen Wohnungen, es wäre denn, daß man jetzt viel bequemer wohnt, als im vorigen Jahre, was jedoch bei den ungeheuer gesteigerten Mietzinsen sehr unwahrscheinlich ist.

(Zum Untergange der „Northfleet.“) Die Taucher sind nun am Brack der „Northfleet“ an ihrer traurigen Arbeit. Einem derselben gelang es, in den untern Schiffsräumen hin- und her zu gehen und drei Kisten mit Kleidungsstücken, Eigentümern der Emigranten, hinauf zu senden. Gleichzeitig wurde eine große Quantität der Draht- und Seil-Tafelagen entfernt. Keinen haben die Taucher nicht. Das Hilfscomité für die Unterstützung der Witwen und Waisen der ertrunkenen Mannschaften und Passagiere hielt dieser Tage unter dem Vorsitz des Lordmayors eine Sitzung, in welcher constatirt wurde, daß der Ertrag der Sammlungen sich auf 7300 Pf. St. beläuft.

(3 ähes Leben.) Dem „San Francisco Bulletin“ zufolge wurde beim Bohren in der Black Diamond-Kohlengrube 175 Fuß unter der Erdoberfläche ein vorläufiger Frosch mit den in einem Sandsteinlager eingeschlossen vorgefunden. Der Frosch wurde nach seiner Befreiung aus viertausendjähriger Gefangenschaft sofort wieder lebendig, wurde jedoch zusehends schwächer und schwächer und verendete nach 12 Stunden. Wie es heißt, wird dieses Thier dem Museum in San Francisco übergeben werden.

(Petroleumhandel.) Der Petroleumexport von den Vereinigten Staaten hat sich im Jahre 1872 um fünf Millionen Gallonen verringert, wie man glaubt, wegen der Versuche der Delprinzen, den Preis für Petroleum künstlich in die Höhe zu treiben. Es wurden im Laufe des Jahres 170.385.869 Gallonen Petroleum exportirt und zwar meistens nach deutschen Häfen. Davon wurden in New-York allein 90.000.000 und in Venedig etwa 57.000.000 verschifft, so daß auf die übrigen Häfen nur 3 Pct. der Ausfuhr kommen. Für den Transport von Petroleum, namentlich aber von Benzol, Gasolin u. s. w. wird, dadurch Verküpfungen sehr viel verloren geht, der Gebrauch gläserner Fässer vorgeschlagen. Natürlich müssen sie dick genug angefertigt werden. Diese Fässer werden nicht nur die Verunstaltung verhindern, sondern könnten auch, da sie leicht zu reinigen sind, für den Rücktransport anderer Flüssigkeiten gebraucht werden, und würden auf diese Weise die größeren Verschleißkosten reichlich ersetzen.

(Ein Detail zur Abreise des Königs Max.) Einem französischen Blatte wird aus Madrid Folgendes geschrieben: Der König verließ seine Gemächer, mehrere Lakaien in großer Livree trugen hinter ihm auf einer Chaiselongue die Königin, die in Kränzen aufgelöst war. Das Gefolge stieg traurig die Treppe nieder; der König grüßte die Officiere, die er kannte, und die Diener, die schweigend feste gebildet waren. Die Hofdamen blieben am Fuße der Treppe. Nachdem die Chaiselongue unter den Stufen niedergelegt war, nahm der König seine Gemalin selber in die Arme und hob sie sorgsam auf die Kissen des ersten Wagens. Nicoro führte nun den König entgegen, der ihm die Hand reichte. Die Königin empfahl ihm warm für das Personale des königlichen Hauses zu interessieren, was dieser versprach. Der König meinte noch einige Worte mit den Personen, die sich in seiner Nähe befanden, und gab dann, in den Wagen steigend, Befehl zur Abfahrt. Die Truppen präsentirten das Gewehr, die Trommel wirbelten, und zum letztenmale schlugen die Klänge des spanischen Königsmarsches an das Ohr des Herzogs von Aosta.

Volkswirtschafts-

Handels-Zeitung.

B & K. Arad, 27. Februar. Getreide. Die Stimmung im Getreidegeschäfte bleibt trotz der besseren Zufuhren unverändert fest.

Arad, 27. Februar. Spiritus behauptet. Ein gros 52—52½ sammt Faß, ein detail 50—52½ ohne, 53—53½ sammt Faß.

Buda-Pest, 26. Februar. Getreidegeschäfte. Die Stimmung war heute eine sehr feste. In Weizen war die Kauflust beliebt, Ausgebot schwach, Preise 5—7½ kr. fester. Es wurden abgesetzt:

Don Weizen: 2000 Etr. 84 Pf. & fl. 7.30, 1000 Etr. 83½ Pf. & fl. 7.70, 600 Etr. 83 Pf. & fl. 7.60, 500 Etr. 82 Pf. & fl. 7.52½, Alles per 3 Monate. Weizenburger: 500 Etr. 87 Pf. & fl. 7.70 per Cassa. Pester Boden: 1600 Etr. 82½ Pf. & fl. 7.35 per 3 Monate, untergeordnet. Usancweizen per Frühjahr bis fl. 7.35 bezahlt.

Woggen animirt, bei Mangel an Waare 5—8 kr. höher. Es gingen ab: 1000 Mg. 76½, — 80 Pf. fl. 4.25, 600 Mg. 77—80 Pf. fl. 4.27, Weizen per Cassa. Usancweizen per Frühjahr bis fl. 4.30.

Seize fl. 110 und unverändert. Hafer per Frühjahr mit 1 fl. 55—55½ kr. Mais unverändert, 1600 Etr. fl. 3.52½, S. — Banater per Mai-Juni mit 3 fl. 62½—65 kr. Weizen per März mit 3 fl. 62½—65 kr. Einige hundert R. Nr. 5 wurden zu fl. 13.25 verschlossen.

Wien, 26. Februar. (Frucht borse.) Die Calamität des Mangels an Waare ist bereits so ernstlich geworden, daß ein Ausgebot überhaupt nicht vorkommt und ein Preis von Weizen namentlich kaum auszugeben ist. Das Interesse ist daher augenblicklich auf den Import von fremder Waare hingelenkt, und sind auch hauptsächlich bereits Effekten von afrikanischem und russischem Weizen, die heute bereits ein Rendiment im hiesigen Consumverkauf finden, vorgekommen. Wir zweifeln nicht, daß schon die nächsten Tage Ankäufe in diesen Producten bringen und die Vermählung derselben allgemeiner werden wird. Die herrschendste Gattung der Weizen von 6500 Mg. Weizen wurde & fl. 7.50 ab Edt-Wegyer verkauft. Der feste behauptet: 1000 Mg. 73—74 Pf. & fl. 3.25 ab Körmend verkauft. Korn unverändert. Hafer flou, zu letzten Preisen käuflich, Mehl ohne Mehl, fest auf den höheren Preisen gehalten.

Wien, 24. Februar. (Spiritus.) Das Spiritusgeschäft entwickelte sich in der abgelaufenen Woche jeder Regelmäßigkeit und Klippe die Preise gedrückt. Man notirt 50 kr. frei Bahn. Die Zufuhren sind belanglos, da auf den Erzeugungsländern verhältnismäßig bessere Preise zu erzielen sind.

Wien, 25. Februar. (Spiritus.) Der Verkehr in effectivem Spiritus blieb während der ersten Hälfte der Woche bei anhaltend schwachem Geschäftsgange nur auf den dringendsten Bedarf beschränkt. Prompte Frachtware wurde heute zu 52 kr. verkauft.

Wien, 22. Februar. (Spiritus.) In Spiritus blieb seit unserem letzten Berichte bei spärlichem Verkehre die matte weidende Tendenz vorherrschend. Notirt wird prompte Waare fl. 17.25, nächste Monate fl. 17.50—75, spätere Termine fl. 18.50 bis fl. 18.75.

Wiener Börse vom 26. Februar. Bei dem Mangel jeglicher Anregung verkehrte die heutige Börse in stiller, aber gut beschaupeter Haltung.

Credit-Actien bewegten sich zwischen 339 und 339.75, Anglo-bank zwischen 314 und 315.25, Unionbank zwischen 250 und 249.25. Die Actien der Hypothekar-Rentenbank ermäßigten sich von 274.75 bis 272.50, Vereinsbank von 215 bis 213.75 und Stallsch-Deisterreichische Bank von 191 bis 188.50. Auch Börsen- und Creditbank waren von 191.50 bis 189 und Wiener Walfertbank von 252 bis 249.50 rückgängig. Börsenverkehrsbank notirten 167.75 nach 166.25. Industrie- und Realcreditbank kamen zu 150, Wiener Commercialbank zu 149.50 und 148.50 und Renten- und Rentenbank zu 125 in Umsatz.

Don Raubanken stiegen bloß Unionbank von 178 bis 183. Allgemeine Oesterreichische Baugesellschaft hielten sich zwischen 252 und 250, Wiener Baugesellschaft 299 und 298 und Wiener Bauverein zwischen 109.50 und 108.25. Brigittener Baugesellschaft waren 134 und 135, Bauvereinsbank 125, Militärbau 135 und Eisenbahnbau 137. Bergbau-Actien wichen bis 125, Seehandlung zu 109 bis 110 umgesetzt. Papierrente wurden zu 71 bezahlt.

Um halb 12 Uhr notirten: Creditactien 338.75, Anglo 315, Union 249.50. Mittags brachte die Hypothekar-Rentenbank die Actien der Transportmittel-Leihgesellschaft mit gutem Erfolge auf den Markt. Das neue Effect wurde bis 107 2 Gulden über dem Anmeldekurs umgekehrt.

Im Abende befaßte sich die Stimmung etwas. Credit-Actien erhöhten ihren Cours bis 339.75. Anglo-bank erreichten 316.50 und notiren später 315.50. Die Actien der Hypothekar-Rentenbank hielten sich auf 275. Vereinsbank bis 215, Stallsch-Deisterreichische Bank notiren 190.50, Wiener Walfertbank 251.50. Raubanken waren ebenfalls höher. Die Actien der Union-Baubank avancirten bis 186. Allgemeine Oesterreichische Baugesellschaft stiegen bis 253, Brigittener Actien bis 137.25 und Wiener Bauverein bis 109.50.

Zur Erklärungzeit um halb 1 Uhr notirten: Credit 339, Anglo 315.50, Franco 132, Nordbahn 227, Staatsbahn 329, Lombarden 190.75, Carl-Ludwigbahn 228.25. Renten ermäßigten sich eine Kleinigkeit. Lose unverändert. Devisen und Comptanten hielten sich fester. Napoleonsd'or 8.70½.

(Schluß der Börse.) Um 1 Uhr 30 Minuten: Creditactien 339.50, Anglo 317, Unionbank 248.50, Vereinsbank 214, Wechselbank 326, Hypothekar-Rentenbank 274.50, Handelsbank 365, Stallsch-Deisterreichische Bank 189.50, Walfertbank 250.50, Wiener Baugesellschaft 297.50, Allgemeine Baugesellschaft 252, Bauverein 108.50, Union-Baugesellschaft 185.50, Tramway 367 nach 363. Unstetig.

Telegramm der Arader Lloyd-Gesellschaft. Buda-Pest, 27. Februar. Getreide-geschäfte. Effectiver Weizen sehr fest. Frühjahr-Weizen fl. 7.35—40. Frühjahr-Hafer fl. 1.54. Frühjahrskorn fl. 4.25—30. Frühjahr-Mais fl. 3.60—62. Herbst-Weizen fl. 5.70—72. Herbst-Hafer fl. 1.59—60. — Termine ruhig.

Vermögens-Ausweis des Arader wohlthätigen Frauenvereins. Cassareff am 1. Jänner 1872, u. z. in Banknoten 13910 fl. 82 kr. 2 Stück Ducaten 10 „ 88 „ 13921 fl. 70 kr.

Spenden:

Nachlaß von weil. Hermann und Marie Winkler	50 „ —
Von der Arader Gewerbe- und Volksbank	25 „ —
Von der Arader Handels- und Gewerbebank	25 „ —
Von der Arader Comitats-Sparcassa	30 „ —
Von der Arader Ersten Sparcassa	50 „ —
Spende des Herrn Jos. Rippert zum bleibenden Andenken an weiland seine Mutter Frau Rippert-Pachner Aloisia, gewesene Oberschuh-frau des Vereins	107 „ 58 „
Durch die Schuhfrauen gesammelt	948 „ 80 „
Zinsen für das Jahr 1872	596 „ 43 „
Summa	15754 fl. 51 kr.

Ausgaben:

Beforgungsspesen der Waisenkinder	1407 fl. 99 kr.
Schuldener in die Kinderbewahranstalt	120 „ —
Diverse Espesen	102 „ 17 „ 1630 „ 16 „
Cassareff am 1. Jänner 1873	14124 fl. 35 kr.

Vermögens-Bilanz:

Werth der Sparcassabüchel	7917 fl. 27 kr.
In Obligationen	1610 „ —
Geschenk des Herrn Ignaz Deusch	1000 „ —
Das Haus Nr. 5 in der Telczygasse	3200 „ —
Barcassa	397 „ 8 „
Summa	14124 fl. 35 kr.

Die Gefeitigte hält es nun für ihre angenehme Pflicht, dem Herrn Dr. Moriz Kobitschek für die erfolgreiche und unentgeltliche Behandlung der Waisenkinder, dem Apotheker weiland Herr Carl Ring für die unentgeltliche Verabreichung der Medicamente zu Gunsten der kranken Waisenkinder, weiland Herrn Hermann Winkler und weiland Frau Marie Winkler für die Spende von 50 fl.; der löblichen Arader Gewerbe- und Volksbank für die gespendeten 25 fl.; der löblichen Arader Handels- und Gewerbebank für die gespendeten 25 fl.; der löblichen Comitats-Sparcassa für die gespendeten 30 fl., der löbl. I. Arader Sparcassa für die gespendeten 50 fl., dann für die von Herrn Josef Rippert zum bleibenden Andenken an seine Mutter weil. Frau Aloisia Rippert, geborenen Pachner, gespendeten 107 fl. 58 kr., im Namen des wohlthätigen Frauenvereins ihren innigsten Dank hiemit öffentlich auszusprechen. Arad, 26. Februar 1873. Barbara Stampfl, Oberschuhfrau.

Einladung. Der Arader Gesangsverein wird Samstag den 1. März l. J. im Saale des Hotels „zum weißen Kreuz“ eine mit einem Tanzkränzchen verbundene glänzende Liedertafel arrangiren, zu welcher die pl. t. unterstützenden Mitglieder des Vereins wie auch das hochgeehrte Publikum hiemit höflichst eingeladen wird. Entrée für Nichtmitglieder 1 fl. ö. W. Anfang 8 Uhr. Das Arrangirungscomité.

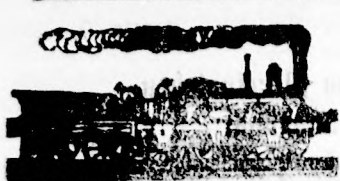
- Programm:
- „Csata-dal“, (Schlachted) — — — Carl Huber.
 - „Suhog a szel“, Volkslied — — — Zmay László.
 - „Katonakar“, (Soldatenchor) aus der Oper „Die Hugenotten“ — — — Mayerbeer.
 - „Betyár-dal“, Volkslied — — — Nagya Selye.
- Soloquartett, vorgelesen von den Herren Kulcsyvicz J., Prohászka J., K. E. Keresztes J., und Rajcs Torovits S.
- „Olasz saláta“, (Ungarischer Salat) mit Tenorsolo von Senei. Das Tenorsolo vorgelesen von Herrn M. Martini.
 - „Bordal“, (Trinlied) — — — Kunczi.

Die U wer be-Ba Cassenscheine 5 0/0 6 1/2 0/0 7 0/0 ertellt Baar desproducte Wechsel und gigen Auströ Hypoth licher Güter täten in 15 vom Silber wirkt, und d bereitwilligt (24)

Notirungen vom 20. ...

S. Wir m schäftlich bei den ben hal und höflichst zu richter als aus wohl am Firma: Bei zeugniffe tät halb merkham Ar

Vom Herren- um Ein S W mit vollstä Wohnung. Ein geräumiger Nähe



Erste Stebenbürger Eisenbahn.

Fahrordnung

der Personen- und gemischten Züge

Giltig vom 15. Juni 1871.

Table with columns for stations (Wien, Carlsburg, Arad, Czegled, Pest) and train types (Personen-Zug, Gemischter Zug) with departure and arrival times.

Table with columns for stations (Piski, Petrozsény) and train types (Gemischter Zug) with departure and arrival times.

Bahn-Anschlüsse.

- List of train connections and schedules for various routes, including Arad and Piski.

Die General-Direction.

Advertisement for Carl Lissbauer & Co. featuring hydraulic cement and plaster, with contact information and product details.

Advertisement for 'Der Keller-Schant' and 'Einkehr-Wirthshaus', offering accommodation and food services.



Theiß- und Arad-Temesvárer Eisenbahn.

Ad Nr. 9897.

(458-106)

FAHRORDNUNG

vom 1. Juli 1872 bis auf Weiteres.

Large table with multiple columns detailing train schedules for routes between Wien, Kaschau, Pest, and various stations in the region.

Die Abfahrtszeiten von den Zwischenstationen und die Bahnanschlüsse in Arad, Csaba, Debreczin, Grosswardein, Kaschau, Miskolcz, Szerencs und Temesvár sind aus den auf den Bahnhöfen angehängten Fahrordnungen zu entnehmen.

Die Verkehrs-Direction.

Large advertisement for the 'Arader Gewerbe- und Volks-Bank' featuring a public assembly and a meeting on March 16, 1873.

Vertical text on the right edge of the page, including 'Samstag', 'Prännum', and other fragments.